SPD Fraktion im Rat der Stadt Rietberg

Ratssitzung 14.12.2017

TOP 5.2. Haushaltswirtschaft 2018

Haushaltssatzung der Stadt Rietberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

Zur allgemeinen Haushaltslage

Seit vielen Jahren ist es das erste Mal gelungen, dass der Kämmerer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann.

Das ist ein großer Erfolg. Er ist gelungen, obwohl wir trotz steigender Steuereinnahmen nicht der Gefahr erlegen sind, die Mehreinnahmen mit vollen Händen auszugeben. Den Ausgleich, ja sogar noch ein geringes Plus haben wir erreicht, weil wir die Realsteuern erhöht haben. Und es ist gelungen, obwohl wir mit Augenmass wichtige freiwillige Leistungen nicht abgebaut haben. Der Konsolidierungskurs muss weitergeführt werden; denn riesige Aufgaben im Schulbaubereich liegen vor uns und niemand will, dass wir so wichtige Zukunftsinvestitionen wie die Neubauten am Schulzentrum nicht bedarfsgerecht realisieren können. Wir müssen so weitermachen und wir unterstützen den neuen Kämmerer Andreas Göke in seinem Bemühen die Haushaltswirtschaft der Stadt Rietberg noch transparenter auch für Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Die CDU sollte sich besinnen und wieder konstruktiv in der Haushalts-AG mitmachen!

Meine Damen und Herren,

Unsere Kommunalpolitik orientiert sich nach den übergeordneten Zielen der SPD. "Mehr soziale Gerechtigkeit" und "Global denken und Lokal handeln".

Wir wollen Soziale Gerechtigkeit.

Dass die neue schwarz-gelbe Landesregierung die Integrationspauschale, deren 1:1-Finanzierung sie in Oppositionszeiten von der Vorgänger-Regierung vehement eingefordert hat, jetzt selbst nicht weitergibt, schadet Rietberg immens und ist skandalös. Wichtige Mittel in der Flüchtlingsberatung werden gestrichen. Dafür schafft die Mitte-Rechts-Koalition in der Ministerialbürokratie 250 zusätzliche

Stellen. Das ist bei weitem der teuerste Regierungswechsel in der Landesgeschichte.

Wir könnten, da wir vom Land in Stich gelassen werden, die Arbeit für Flüchtlinge ohne das großartige ehrenamtliche Engagement nicht leisten. Die ehrenamtlichen Helfer verdienen weiterhin jede mögliche Unterstützung.

Wir haben in Rietberg in der Vergangenheit gezeigt, dass **Bürgerschaft**, **Politik** und Verwaltung gemeinsam eine Menge Energie für unsere Stadt freisetzen kann.

Bezahlbarer Wohnraum

Immer mehr anerkannte Flüchtlinge drängen auf den Wohnungsmarkt. Wir erreichen keine Integration, wenn wir es nicht schaffen, Familien aus den Übergangseinrichtungen in Wohnungen zu vermitteln. Auch viele finanzschwache und junge Leute suchen eine bezahlbare Wohnung. Es besteht die große Gefahr, dass deutsche Wohnungssuchende gegen anerkannte Flüchtlinge ausgespielt werden. Lassen wir nicht zu, dass Hass und Hetze bei uns eine Chance haben.

Wir müssen die Möglichkeiten in unserer kommunalen Planungs-, Sozial- und Wohnbaupolitik nutzen und noch mehr lokale Verantwortung übernehmen; denn es zeigt sich, dass es ein Fehler der Vergangenheit war, unsere Wohnimmobilien zu privatisieren. Das hat überall die Mieten in die Höhe getrieben.

Die SPD – Fraktion hat im BPVA beantragt zu überprüfen, ob die 900 000 €, die im Plan für den Umbau des Übergangswohnheimes Sandfeldstraße 3 vorgesehen sind, nicht dafür verwendet werden können, aus diesem Haus kleinere bezahlbare Wohnungen zu machen und gleichzeitig sollen leerstehende Asylunterkünfte auf ihre Eignung als Obdachlosenunterkünfte überprüft werden. Vielleicht ergeben sich weiter Möglichkeiten. Wir denken da auch in Kooperation mit der Volksbank an das alte Feuerwehrgerätehaus in Neuenkirchen.

Wohnumfeld

In den nächsten beiden Jahren haben wir die Möglichkeit durch das Integrierte Handlungskonzept Neuenkirchen aufzuwerten. Nach Stadtlers Garten und den neuen Plänen der Volksbank wird es weiter gehen mit dem Umfeld des Gartens um das Pastorat und dem Kirchplatz. Die Pläne, die Matthias Wolf uns im vergangen BPVA vorgestellt hat, fanden einhellige Zustimmung und die SPD wird alles daran setzen, dass diese Pläne auch umgesetzt werden.

Kultur

Die Anregung aus dem BPVA schon in 2018 die Planung für die Erneuerung des Heizungssystems zu erstellen unterstützen wir ausdrücklich. Allerdings ist

der Beschluss aus dem Hafi - Ausschuss nicht sinnvoll. Warum soll in 2018 die Planung für das neue Heizungs - und Belüftungssystem erstellt und dann erst 2021 gebaut werden? Die SPD-Fraktion stellt den Antrag dann auch schon in 2019 die Heizungs- und Belüftungsanlage zu installieren. Wir haben in unserer Cultura eine Einrichtung, die sehr erfolgreich ihre Nische im kulturellen Angebot der Region gefunden hat. Und sie wird dank unserer Kulturmanager und Kulturig mit den vielen engagierten ehrenamtlich Tätigen diese Nische auch weiterhin behaupten. Negativ ist aber und das trübt das Kulturerlebnis die unzureichende Heizungs- und Belüftungsanlage.

ÖPNV und Parkdeck

Wir wissen, dass sich ebenerdige Parkflächen günstiger erstellen lassen als in einem Parkdeck. Dies ist allerdings eine Wirtschaftlichkeitsrechung, die nicht nachhaltig ist.

Grund und Boden ist nicht vermehrbar und Grund und Boden so zentrumsnah am Schulzentrum sollte uns für weitere Parkflächen zu schade sein.

Ohne weitere Versiegelung geht der CDU Plan nicht. Die Bewertung des Parkflächenantrages der CDU von der Verwaltung wird leider erst im neuen Jahr kommen.

Die CDU-Fraktion hat in den Beratungen der Ausschüsse zu der Haushaltsstelle "Parkdeck am Torfweg" ein chaotisches Bild abgegeben. In der BPVA - Sitzung will die CDU die Mittel im Finanzplan 2019 / 2020 von 3, 35 Mio € auf 600 000 € reduzieren. Nachdem von der Verwaltung und allen anderen Fraktionen der CDU klargemacht werden konnte, dass das nicht Mittel für den Haushalt 2018 sind und die Prüfung des CDU – Vorschlages von der Verwaltung noch nicht erfolgt ist, zog Herr Dirkwinkel für die CDU-Fraktion diesen Antrag zurück und einstimmig wurde entschieden, die Mittel von 3,35 Mio € aus der Produktgruppe dem Rat zu empfehlen. In der HaFi-Sitzung zaubert Herr Talarico plötzlich einen Antrag von 1000 000 € aus dem Hut und die gleiche CDU-Fraktion stimmt einmütig dafür, obwohl sie zwei Tage vorher noch das Gegenteil beschlossen hatte. Ich frage mich wirklich, wie man mit dieser CDU - Fraktion noch verlässliche und berechenbare Politik machen kann.

Die SPD-Fraktion will für die Parkplatzbedarfe der Stadt ein Parkdeck errichten. Die Mittel, die wir für ein bedarfsgerechtes Parkdeck benötigen, wird in 2018 erarbeitet und für 2019 in den Haushalt geschrieben. Und dieses Parkdeck soll auch bewirtschaftet werden. Selbstverständlich müssen für die unterschiedlichen Nutzer unterschiedliche Lösungen gefunden werden. Wir werden weiter alles daran setzten die Bushalteboxen komplett zu erhalten, denn wir wollen den ÖPNV nicht zurückschrauben, sondern fördern.

Schülerverkehr

Wir wollen den ÖPNV fördern, indem wir auch den Schülerspezialverkehr komplett in den ÖPNV überführen. Das wird bei der nächsten Ausschreibung evtl. etwas teurer sein, aber wir schließen endlich dann auch die Orte Druffel und

Westerwiehe an den ZOB an und damit erschießen wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser beiden Ortsteile den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Der ÖPNV kann sich nur finanzieren mit den Schulwegkarten für unsere Schülerinnen und Schüler. Ja, der ÖPNV würde völlig zusammenbrechen ohne den Schülerverkehr.

COC

Die Investoren für das COC haben die Parkplatzproblematik mit den Parkmöglichkeiten an Nord- und Südtor sehr gut gelöst. Wir wollen aber auch, dass die Besucher Rietbergs nicht nur mit dem PKW sondern möglichst auch mit dem Fahrrad nach Rietberg fahren. Wir sind fahrradtechnisch sehr gut angebunden, weil wir mit regional und überregional gekennzeichneten Radwegen vernetzt sind.

Heutige Radverkehrsplanung ist ohne **E-bikes oder Pedelecs** nicht mehr denkbar. Wir müssen die Möglichkeit schaffen, dass die E - bikes sicher abgestellt und die Akkus geladen werden können.

Viele Leute, die gerne das Auto stehen lassen würden, um mit dem Fahrrad zu fahren, scheuen dies, weil sie Angst haben, ihr Fahrrad nicht diebstahlsicher unterzustellen und gegebenenfalls die Akkus nicht aufladen zu können.

Bürgerentscheid

Wir haben großen Respekt vor Bürgern, die sich Sorgen machen. Die sich dafür einsetzen Grünflächen zu erhalten, die Angst vor zusätzlichem PKW Verkehr haben, die befürchten als Rietberger keinen Parkplatz mehr zu finden. Wir müssen weiterhin diese Probleme ernst nehmen und alles so verträglich wie möglich regeln.

Wer es allen recht machen will, macht mit Sicherheit etwas falsch. Jede Fraktion und jeder einzelne Kommunalpolitiker muss es sich gefallen lassen, dass seine Entscheidungen kritisiert werden. Und gerade in der Stadtplanung greifen Entscheidungen in die unterschiedlichsten Belange eines jeden betroffenen Bürgers ein, wenn Investoren, Politik und Verwaltung Planungsentscheidungen anstoßen, die die Stadt vor Stillstand und Geschäftesterben bewahren wollen. Jedermann kann sich im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten an den Planungsvorhaben beteiligen. Rat und Verwaltung haben die Pflicht über Vorhaben umfassend zu informieren. Das ist in Rietberg zu den Planungen des COC mehr als gesetzlich vorgeschrieben geschehen. Die Informationen der Stadt waren transparent und umfassend in den Bürgerversammlungen, auf der Homepage der Stadt und in Presseveröffentlichungen.

Wenn jetzt Bürger einen Bürgerentscheid herbeiführen wollen, ist das ihr gutes Recht und die Verwaltung wird Amtshilfe leisten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens sollten allerdings auch sagen, wie sie den Niedergang der Rathausstraße als Einkaufsstraße aufhalten wollen. Bisher habe ich nur gehört, dass man aus den Geschäftsleerständen doch Wohnungen machen solle. Wer sich ernsthaft mit dem Versorgungszentrum Rietbergs beschäftigt hat, weiß, dass das keine Lösung ist; denn dann würde auch die wirklich gute Gaststätten- und Restaurantszene, die wir in Rietberg noch haben und auf die wir stolz sind, den Bach runter gehen, weil Wohnen und Gaststätten sich nicht vertragen. Wir wollen und dürfen keine Schlafstadt werden.

Der Rat hat jetzt entschieden als zusätzliche Beteiligungsform die Meinung der Bürger in Form einer repräsentativen Meinungsumfrage einzuholen. Dass diese Meinungsumfrage das Stimmungsbild in der Bürgerschaft nahezu genau wiedergibt, ist unstrittig.

Stadtwerke

Am 6.7.17 haben wir die Verträge zur Gründung einer Gesellschaft zum Energievertrieb mehrheitlich zusammen mit der Gemeinde Langenberg und den Stadtwerken Soest gegen die Stimmen der CDU-Fraktion Rietbergs gegründet. Bis zum Schluss hat die CDU mit allen Mitteln versucht diesen Beschluss zu torpedieren. Am 17. 11. wurden die Geschäftsräume in Rietberg am Nordtor feierlich mit Gesellschaftern, politischen Repräsentanten und Aufsichtsratsmitgliedern eröffnet. Die CDU boykottierte die feierliche Eröffnung. Nach dieser sehr deutlichen Dokumentation, wie die CDU diesen Eigenbetrieb der Stadt, der ja Erträge zur Mitfinanzierung des Ergebnishaushaltes haben soll, unterstützt, fordern wir die CDU auf ihr Mandat im Aufsichtsrat der Stadtwerke zurückzugeben.

Falls die CDU dazu nicht bereit ist, erinnern wir das CDU Mitglied daran, dass im Gesellschaftsvertrag in § 8 Aufsichtsrat (1) steht,: ".. Die entsendeten Personen sind an die Weisungen der sie entsendenden Räte der Gebietskörperschaften gebunden."

Die Verantwortlichen sind mit den bisher abgeschlossenen Verträgen mehr als sehr zufrieden! Das zu dem von der Rietberger CDU prognostizierten Misserfolg dieser Stadtwerke.

Wirtschaftswege

Uns ist allen klar, dass wir bei der Unterhaltung unserer Wirtschaftswege Nachholbedarf haben. Der CDU-Vorschlag die Mittel schon in 2018 zu erhöhen, ist auf den ersten Blick sinnvoll, wenn denn klar ist, wofür und mit welchen personellen Kapazitäten die zusätzlichen Mittel verwandt werden.

Zusätzlich muss von der Verwaltung in 2018 ein **schlüssiges Wirtschaftswegekonzept** weiter entwickelt werden, damit wir Klarheit haben, wer und in welchem Maße Nutzer unserer Wirtschaftswege sind, denn bei einigen Wegen wird eine Sanierung nicht reichen. Da wird neu gebaut werden müssen, weil viele Wirtschaftswege in Breite und Ausbauart den neuen Bedürfnissen nicht mehr gerecht werden. Und dann haben wir zu entscheiden, wie diese Neubauten je nach Nutzer mitfinanziert werden müssen.

Breitbandausbau

Große wirtschaftliche Bedeutung hat die Fortsetzung des Breitbandausbaus. Die unterschiedlichsten Förderanträge sind gestellt. Gewerbebetriebe, die verdichteten Ortsteile von Mastholte, Rietberg und Varensell, aber auch die Außenbereiche haben endlich die Chance ein Glasfaserkabel verlegt zu bekommen. Obwohl es noch etwas dauert, freuen wir uns über die sehr gute Förderung, ohne die das nicht zu realisieren wäre. Nur im **Ortsteil Neuenkirchen** gibt es noch Probleme. Da muss noch nachgebessert werden.

Zusammengefasst sind dies unsere Ziele für das nächste Haushaltsjahr:

- wir wollen, dass die Kommune sich das Zugriffsrecht für weitere **finanzierbare Wohnungen** sichert;
- wir wollen, dass das **Integrierte Handlungskonzept Neuenkirchen** zügig umgesetzt wird;
- wir stellen jetzt den Antrag, dass die Planung für das neue Heizungs und Belüftungssystem in der Cultura 2018 erstellt und in den Jahren 2019 und 2020 realisiert wird;
- wir wollen nach Begutachtung des CDU-Parkplatzkonzeptes durch die Verwaltung mit der Planung des Parkdecks in 2018 beginnen und das Parkdeck in 2019 /2020 erstellen;
- wir wollen den **Schülerspezialverkehr komplett in den ÖPNV** überführen, damit u. a. auch die Ortsteile Druffel und Westerwiehe an den Öffentlichen Fern- und Nahverkehr angeschlossen werden;
- wir wollen, dass gleichzeitig mit Realisierung des COC sichere Fahrradstellplätze mit Lademöglichkeiten für Akkus erstellt werden;

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Jahr 2017 bedanken ich mich im Namen der SPD-Fraktion beim Bürgermeister und beim Kämmerer auch für die Unterstützung bei den Beratungen für den Etat 2018. Dabei schließe ich Dieter Novak ein. Bitte geben Sie diesen Dank auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.

Ich möchte mich auch bei den anwesenden Pressevertretern für ihre Arbeit bedanken. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir hier eine so vielfältige breit gefächerte Berichterstattung über unsere Kommunalpolitik haben.

Wir stimmen dem Haushaltsplan für das Jahr 2018 mit seinen Anlagen zu.

Für die SPD Fraktion

Gerd Muhle

(es gilt das gesprochene Wort)